



WITTENBERG-ZENTRUM FÜR GLOBALE ETHIK

DISKUSSIONSPAPIER NR. 2011-4

Andreas Suchanek

Freiheit braucht Bindung

Herausgegeben vom



Wittenberg-Zentrum für Globale Ethik e.V.

Haftungsausschluss

Diese Diskussionspapiere schaffen eine Plattform, um Diskurse und Lernen zu fördern. Die Herausgeber teilen daher nicht notwendigerweise die in diesen Diskussionspapieren geäußerten Ideen und Ansichten. Die Autoren selbst sind und bleiben verantwortlich für ihre Aussagen.

ISSN 1862-6289

ISBN 978-3-86829-256-5

Korrespondenzanschrift

Wittenberg-Zentrum für Globale Ethik e.V.

Collegienstraße 62

D-06886 Lutherstadt Wittenberg

Tel.: +49 (0) 3491-466-257

Fax: +49 (0) 3491-466-258

Email: info@wcge.org

Internet www.wcge.org

1. Einführung¹

Es ist stets gut, mit Dank zu beginnen und so möchte ich Dank sagen für die Ehre, am Reformationstag teilnehmen zu dürfen an einer Disputation in der Leucorea, der Stätte, in der Luther, Melanchthon und viele andere gelehrt haben, die unser Denken maßgeblich mitgeprägt haben.

Das Thema der Disputation ist „Freiheit“. Auch wenn es naheliegen könnte, am Reformationstag in Wittenberg über die „Freiheit des Christenmenschen“ zu sprechen, möchte ich doch die Bezüge meines Vorredners aufnehmen und im Wesentlichen die „wirtschaftliche Freiheit“ zum Gegenstand machen. Und gleichermaßen will ich, zumindest zunächst, diese Überlegungen verbinden mit der Frage der Gerechtigkeit; denn gerechte Regeln sind Grundlage einer freiheitlichen Gesellschaft, doch ebenso gilt, wie später deutlich werden soll, dass der Erhalt und die Weiterentwicklung gerechter Regeln auch eines *verantwortlichen* Gebrauchs der Freiheit bedarf.

2. Gerechtigkeit

Herr Doering hat ausgeführt, dass Gerechtigkeit in verschiedener Weise verstanden werden kann und dass es Konzepte distributiver Gerechtigkeit – auch soziale oder Verteilungsgerechtigkeit genannt – gibt, die dazu beitragen können, die Grundlagen einer freiheitlichen Gesellschaft zu unterminieren.

Ich stimme dem grundsätzlich zu. Die Vorstellung, bei bestehender deutlicher Ungleichheit der Ausstattung mit materiellen Gütern durch politisch entschiedene und durchgeführte Umverteilung eine bessere, weil gerechtere Gesellschaft herbeizuführen, ist nicht nur gesellschaftstheoretisch und ökonomisch naiv, sondern auch – eben wegen des fehlenden Verständnisses der ökonomischen Zusammenhänge gefährlich; diese Vorstellung vernachlässigt die Anreizwirkungen, die derartige Eingriffe für Geber und Nehmer mit sich bringen und sie vernachlässigt, dass durch die Möglichkeit solcher Eingriffe längerfristige verlässliche Erwartungen und damit die Grundlage für erwünschte Investitionen unterminiert werden.

¹ Die nachfolgenden Ausführungen sind die verschriftlichte Fassung eines Beitrags im Rahmen einer durch den Akademischen Senat der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg veranstalteten Disputation zum Thema „Freiheit – Chancen und Grenzen“, die am 31.10.2011 in Lutherstadt Wittenberg stattfand. Der Duktus eines mündlichen Vortrags wurde beibehalten.

Jedoch heißt das nicht, dass die Frage sozialer Gerechtigkeit im Sinne zeitpunktbezogener Betrachtungen von Verteilungsergebnissen als solche nicht gestellt werden sollte; auch in der Wirtschaft achtet man mit gutem Grund immer wieder darauf, zu welchen Resultaten gewählte Strategien oder Veränderungen von Strukturen führen. Menschen werden eine Wirtschaftsordnung nie nur wegen ihrer Effizienz allein akzeptieren; und nicht zufällig warb L.Erhard für die Marktwirtschaft mit dem Titel „Wohlstand für *alle*“.

Doch seit längerem empfinden mehr und mehr Menschen, dass Marktwirtschaft zu einem System geworden zu sein scheint, das „Wohlstand für einige wenige“ bedeutet, während immer mehr Menschen sich anstrengen müssen, um überhaupt über die Runden zu kommen.

Eine solche Skepsis im Hinblick auf die Gerechtigkeit der Marktwirtschaft ist nicht zu unterschätzen. Viele Ereignisse der letzten Monate lassen deutlich werden, dass die Menschen nicht bereit sind, ohne Widerspruch alles zu akzeptieren, was ihnen gesellschaftlich widerfährt. Und dies kann der Punkt werden, wo soziale Ungerechtigkeit die Marktwirtschaft unterminiert – möglicherweise eben deshalb, weil die gegenwärtige Ausprägung der marktwirtschaftlichen Ordnung diese Ungerechtigkeit mit erzeugt.

Ich möchte an dieser Stelle keinesfalls missverstanden werden: Ich bin – als Wirtschaftsethiker – ein großer Anhänger der Marktwirtschaft, ja ich glaube, dass es kein anderes Wirtschaftssystem gibt, welches überhaupt in der Lage ist, in der heutigen Zeit eine einigermaßen zufriedenstellende Versorgung mit Gütern und Dienstleistungen zu ermöglichen. Doch ist eine funktionsfähige Marktwirtschaft an Voraussetzungen gebunden, die es sich immer wieder zu vergegenwärtigen gilt, um in ihren Erhalt und ihre Weiterentwicklung immer wieder neu zu investieren.

3. Das Problem eines reduktionistischen Freiheitsverständnisses

Und damit komme ich zurück zum eigentlichen Thema: der Freiheit. Denn ich glaube, dass ein Teil der gegenwärtigen Ungerechtigkeiten – man kann auch von Krisen sprechen – auch zurückgeht auf ein, wie man es nennen könnte, reduktionistisches Freiheitsverständnis.

Ich möchte diese Art des Verständnisses von Freiheit exemplarisch darstellen an einem Zitat des Deutschland-Chefs von Goldman Sachs, Alexander Dibelius, der in einem Vortrag sagte: „Banken, besonders private und börsennotierte Institute, haben keine Verpflichtung, das Gemeinwohl zu fördern.“

Eine naheliegende Reaktion auf diese Aussage könnte sein: Typisch Banker! Doch sollte man es sich nicht zu einfach machen. So könnte man ihn durchaus im Sinne von Adam Smith interpretieren, der in seinem berühmten Buch „Der Wohlstand der Nationen“ unter anderem ausführte: „Solange der Einzelne nicht die Gesetze verletzt, lässt man ihm völlige Freiheit, damit er das eigene Interesse auf seine Weise verfolgen kann.“ (576)

Demnach möchte sich Dibelius – mit guten Gründen – verwahren gegen die Vorstellung, dass Banken in ihrem Handeln stets *primär* das Gemeinwohl im Auge haben sollten. Um es an einem einfachen Beispiel zu verdeutlichen: Wir fordern auch nicht vom Bäcker, dass er seine Brötchen jederzeit unter die Armen und Hungrigen verteilt; es reicht und funktioniert sogar sehr viel besser, wenn er primär seine Interessen im Auge hat und Gewinn damit machen will, die Brötchen im Rahmen der „Spielregeln“ von rechtstaatlich eingebetteter Marktwirtschaft zu verkaufen. Eine unmittelbare Gemeinwohlverpflichtung des Bäckers würde diesen Spielregeln nicht entsprechen, ihn vermutlich auf Dauer ruinieren und seinen Kunden auch wenig nützen.

Ähnlich verfehlt ist es, von Banken – oder irgendeinem anderen Wirtschaftszweig bzw. – teilnehmer – zu verlangen, dass sie ihr Handeln stets *unmittelbar* an dem, was je als Gemeinwohl gedeutet werden könnte, zu orientieren. Das wäre eine Überforderung des Einzelnen – sei es Person, sei es Organization; das ganze System unserer institutionellen Ordnung ist darauf nicht eingestellt – aus gutem Grund!

Aus dieser Perspektive scheint das Wort M. Friedmans zu gelten: „The social responsibility of business is to increase its profits.“ Und dies dürfte auch der Perspektive von Dibelius entsprechen.

Doch kann diese Perspektive problematisch werden. Und zwar dann, wenn diese Idee der Indienstnahme des Eigeninteresses durch Regeln und Wettbewerb in einer Weise reduziert wird, wie dies in den letzten Jahrzehnten zunehmend zu beobachten war. Dies führt(e) nämlich zu einer Perspektive, nach der alles erlaubt schien, solange es nur nicht direkt von den Regeln verboten war und solange man damit Gewinne machen konnte.

Diese Sichtweise legt das ursprüngliche Zitat von Smith einseitig, reduktionistisch, aus. Sie tendiert dazu zu vernachlässigen, dass es zahlreiche Formen gibt, Gewinne in einer Weise zu machen, die das Gemeinwohl schädigt und zu Ungerechtigkeiten führt. Und sie bringt als Folge mit sich, dass der einzelne Marktteilnehmer entlastet zu sein scheint von individueller Verantwortung, solange man nur am Markt erfolgreich ist; die Verantwortung scheint gewissermaßen delegiert an das Regelsystem.

Doch für einer funktionsfähige Marktwirtschaft reicht es nicht aus, dass man passende Institutionen, Regeln, hat. Gerade weil die Marktwirtschaft ein *freiheitliches* System ist, bringt sie Verantwortlichkeiten mit sich, die sich in Worten und Taten zeigen müssen. Kein Regelsystem der Welt kann freiheitliches Handeln so kanalisieren, dass dieses Handeln immer schon gemeinwohlfördernd wäre, ohne dass es der Einzelne beabsichtigte und ohne dass es ihn interessierte. Freiheit ohne Verantwortung ist nicht nachhaltig.

4. Freiheit braucht Bindung

Um es allgemeiner zu formulieren: *Freiheit braucht Bindung*, genauer: Rückbindung und Selbstbindung.

Rückbindung meint, dass Freiheit nie voraussetzungslos ist, sondern gebunden ist an gesellschaftliche Bedingungen, die diese Freiheit allererst ermöglichen. Diese Bedingungen erhalten sich aber nicht von selbst, sondern erfordern ständig von uns Menschen Beiträge zu ihrer Erhaltung und Weiterentwicklung. Eine auf Dauer angelegte freiheitliche Gesellschaft erfordert einen verantwortlichen Gebrauch der Freiheit, d.h. einen Gebrauch, der – im eigenen Interesse – zum Erhalt der Voraussetzungen künftiger Freiheit beiträgt.

Selbstbindung meint, dass in der modernen Gesellschaft die Realisierung eines solchen Gedankens freiheitlicher Gesellschaft daraufhin angelegt ist, dass wir die Einschränkungen, die Freiheit ermöglichen, selbst wollen (können); dass wir die Regel der Demokratie und der Marktwirtschaft als Regeln verstehen, die wir Menschen uns selbst und gemeinsam geben – so schwierig und durchsetzt von Kompromissen das auch immer in der Wirklichkeit sein wird. Und es gehört zur ständigen Aufgabe gesellschaftlicher Bildungssysteme, die Fähigkeiten und die Einsichten in die erforderlichen Formen der Selbstbindung zu entwickeln.

Es geht um eine dreifache Selbst- bzw. Rückbindung: *Erstens* jene, von der schon mit gutem Grund mehrfach die Rede war: die *Bindung an Regeln*. Der Gedanke ist nicht neu, schon bei Cicero kann man lesen „legum [denique idcirco] omnes servi sumus ut liberi esse possimus.“ (*Pro Cluentio*, 53)– Wir sind alle Diener des Gesetzes, damit wir frei sein können.

Doch wie zuvor schon angedeutet wäre es verfehlt zu meinen, dass Regeln allein ausreichen, die soziale Ordnung zu gewährleisten. Man muss sich ja nur die enorme Vielfalt bestehender Regulierungen anzusehen, um sich darüber klar zu werden, dass darin allein nicht das Heil der Welt – besser: die Gewährleistung einer freien und gerechten Gesell-

schaft – liegen kann. Dass in der Idee, Problemen allein durch Regulierung gerecht werden zu wollen, etwas unzureichend ist, kann man auch am Beispiel „Compliance“ erkennen. Gemeint ist damit, dass immer mehr Unternehmen eigene Abteilungen haben, die sich nur damit beschäftigen, die Einhaltung geltender Rechtsvorschriften durch die Mitarbeiter sicherzustellen, eventuell ergänzt durch unternehmenseigene Regularien. Die Folge ist nicht selten, dass die Mitarbeiter in ähnlicher Weise unter einer Überregulierung stöhnen wie die Unternehmen gegenüber dem Gesetzgeber.

Dies verweist auf die *zweite* Weise einer Rückbindung von individueller Freiheit, nämlich in Form *individueller Verantwortlichkeit*. Weil es, wie gesagt, aussichtslos, und letztlich auch nicht zu wünschen, ist, allein durch Regeln sicherstellen zu wollen, dass jeder Mensch die eigene Freiheit nicht nur zum eigenen Vorteil, sondern auch zum Vorteil anderer – oder zumindest nicht zu deren Schaden – gebraucht, ist es notwendig, dass Menschen, und auch korporative Akteure wie Unternehmen oder Regierungs- und Nicht-Regierungs-Organisationen, einen *Sinn für Verantwortlichkeit* entwickeln. Die aktuelle, intensiv geführte Debatte um CSR, um Unternehmensverantwortung, spiegelt genau dies.

Schließlich ist eine *dritte* Weise einer Rückbindung zu nennen: In unserer hochkomplexen Gesellschaft ist es oft alles andere als klar, an welchen Kriterien sich verantwortliches Handeln orientieren sollte. Es ist ein oft unterschätztes Problem, hier zu *gemeinsamen Orientierungen für verantwortlichen Freiheitsgebrauch und zu gemeinsamen Maßstäben für die Anwendung von Regeln* zu gelangen. Was damit gemeint ist, sei exemplarisch verdeutlicht am Wittenberg-Prozess der Chemie-Sozialpartner. In diesem Prozess geht es in Form zahlreicher Instrumente darum, sich der ethischen Maßstäbe des eigenen Handelns, sei es auf Seiten der Gewerkschaft oder auf Seiten der Arbeitgeber zu vergewissern und einen Dialog darüber zu führen, dass es *die gleichen Maßstäbe* sind, die man dem eigenen Handeln ebenso wie der Beurteilung des Handelns anderer zu Grunde legt.

Diese knappen Überlegungen zeigen, wie voraussetzungsreich es ist, Freiheit zu erhalten. Doch es dürfte kaum Zweifel daran bestehen, dass es sich lohnt, in den Erhalt und die Weiterentwicklung dieser Voraussetzungen zu investieren.

WITTENBERG-ZENTRUM FÜR GLOBALE ETHIK

DISKUSSIONSPAPIERE

- Nr. 2011-3 **Jan Sammek**
Discussing Industry Self-Regulation: The Contribution of a Transactional and Institutional Perspective
- Nr. 2011-2 **Andreas Suchanek, Martin von Broock**
Konzeptionelle Überlegungen zum „Leitbild für verantwortliches Handeln in der Wirtschaft“
- Nr. 2011-1 **Sebastian Maucher**
Schattenseiten der Transparenz
- Nr. 2010-3 **Andreas Suchanek, Nick Lin-Hi**
Gute und verantwortungsvolle Unternehmensführung als Zusammenarbeit zum gegenseitigen Vorteil
- Nr. 2010-2 **Andreas Suchanek**
Wir brauchen eine alltagstaugliche Ethik
- Nr. 2010-1 **Michael Geronimo Festl**
Der Zerfall der Sein-Sollen-Schranke als Herausforderung für die praktische Philosophie
- Nr. 2009-3 **Martin von Broock, Andreas Suchanek**
Investitionen in den Faktor Vertrauen
- Nr. 2009-2 **Nick Lin-Hi, Andreas Suchanek**
Eine wirtschaftsethische Kommentierung der Finanzkrise
- Nr. 2009-1 **Markus Wolf, Andreas Suchanek**
Vertrauen und Entrepreneurship
- Nr. 2008-6 **Nick Lin-Hi**
Corporate Social Responsibility
- Nr. 2008-5 **Andreas Suchanek**
Ethik der Sozialen Marktwirtschaft
- Nr. 2008-4 **Karl Homann**
Was bringt die Wirtschaftsethik für die Ethik?
- Nr. 2008-3 **Andreas Suchanek**
Business Ethics and the Golden Rule

Weitere Diskussionspapiere finden Sie unter Veröffentlichungen auf www.wcge.org